Das Dilemma der WHO im Umgang mit dem Corona-Virus

Andreas Zumach, Genf / 13. Mär 2020

Unzuverlässige Informationen der Mitglieder und Abhängigkeit von der Pharmaindustrie sind Ursachen für das kritisierte Verhalten.

Auf einer Pressekonferenz am späten Mittwochnachmittag in der Zentrale der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf hat deren äthiopischer Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus, den Corona-Virus als Pandemie eingestuft wegen seiner schnellen weltweiten Ausbreitung in den letzten zwei Wochen auf inzwischen 115 der 194 WHO-Mitgliedsstaaten.

Wenige Minuten nach dieser Erklärung verkündete in New York der chinesische UNO-Botschafter Zhong Jun in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sicherheitsrates im Monat März, sein Land mache «enormen Fortschritt bei der Eindämmung des Virus», und das Leben in China kehre «Schritt für Schritt wieder zur Normalität zurück».

China hat zuerst vertuscht ...

Der grosse Kontrast zwischen den beiden Auftritten beleuchtet schlaglichtartig das zentrale Dilemma, in dem sich die WHO beim Auftreten internationaler Gesundheitskrisen immer wieder befindet:

Die Organisation ist in ihrer Reaktions- und Handlungsfähigkeit völlig abhängig von verlässlichen und zeitnahen Informationen der 194 Mitgliedsstaaten. Doch diese Voraussetzung hat ausgerechnet das Land mit den – bislang – mit grossem Abstand meisten Infektions- und Todesfällen nicht erfüllt.

Bereits im November 2019 traten in der chinesischen Stadt Wuhan Fälle einer bis dahin unbekannten Lungenerkrankung auf. Doch erst am 31. Dezember meldete Peking diese Fälle an die WHO. Vor diesem Datum aber, auch seitdem wurden chinesische Ärzte und Gesundheitsexperte, die frühzeitig vor dem Virus gewarnt und die Vertuschungsmanöver der eigenen Regierung kritisiert hatten, mundtot gemacht.

...trotzdem gab es Lob

Dennoch fand der WHO-Generaldirektor bei seiner ersten Pressekonferenz zum Thema am 23.1., nach seinem Pekinger Treffen am 28.1. mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping und auch bei allen weiteren öffentlichen Erklärungen bis Anfang März stets nur lobende Worte für die Massnahmen der chinesischen Führung zur Bekämpfung des Corona-Virus. Und dies trotz WHO-interner Kritik. Unter anderen hatte der australische Professor John Mackenzie, Mitglied des Expertengremiums, das den WHO-Direktor in Sachen Corona-Virus berät, öffentlich die fragwürdige Informationspolitik und die Vertuschungsmanöver der chinesischen Führung gerügt. Auf Nachfragen zu Mackenzies Äusserungen erklärte Ghebeyesus auf seiner Pressekonferenz am Mittwoch: «Ich kann nicht sagen, ob China der WHO-Informationen vorenthalten hat oder nicht.»

Das Dilemma der WHO im Umgang mit dem Corona-Virus

WHO braucht rasch genaue Daten – nicht alle liefern sie

Für die WHO kommt erschwerend hinzu, dass die Verfahren zum Testen sowie zur Einstufung und statistischen Erfassung von Infizierten und Erkrankten in den 194 Mitgliedsländern sehr unterschiedlich sind. Zudem haben Mitte Februar nicht nur China, sondern zuvor auch Italien und andere Länder ihre Zählweisen geändert.

Ausserdem operieren Iran und andere Länder gegenüber der eigenen Bevölkerung und in ihren Berichten an die WHO mit unterschiedlichen Zahlen und Informationen.

Krise verschärft Konflikt zwischen China und Taiwan

Der Umgang mit der Corona-Krise und das Verhalten der WHO spielen inzwischen zunehmend eine Rolle im Konflikt zwischen China und Taiwan. Eine bereits am 31. Januar über die Webseite change.org lancierte Petition, die bis Donnerstag von fast einer halben Million Menschen unterschrieben wurde, fordert den WHO-Direktor zum «sofortigen Rücktritt» auf, weil er durch eine falsche Informationspolitik und eine gegenüber Peking zu gutgläubige Haltung eine rechtzeitige Reaktion der WHO verschleppt habe und damit für den Tod vieler Menschen verantwortlich sei. Initiiert wurde die Petition von einem Taiwanesen, der im Internet unter dem Namen Osuka Yip auftritt. Die Petition kritisiert zudem, dass Taiwan im Jahr 2016 auf Druck Pekings seinen Beobachter-Status bei der WHO verloren hat. Die taiwanesische Zeitung «Taiwan News» verbreitete, Chinas Botschaft in Genf habe bei mehreren von der WHO einberufenen Treffen der Mitgliedstaaten im Januar und Februar andere vom Corona-Virus betroffene Länder dazu gedrängt, keine Erklärung zur Ausrufung eines «internationalen Gesundheitsnotstandes» zu unterstützen.

Ende Januar lud die taiwanesische Vertretung in Genf zehn Journalist*innen aus Europa und den USA zu einer kurzfristig anberaumten Reise nach Taiwan ein, um «zu demonstrieren, wie die Regierung in Taipeh die Herausforderung durch das Corona-Virus bewältigt».

Staaten zahlen nur noch 20 Prozent des WHO-Budgets – Private übernehmen

Zu dem Dilemma der völligen Abhängigkeit der WHO von verlässlichen und zeitnahen Informationen ihrer Mitgliedsstaaten kommt ein zweites, das in den letzten knapp 20 Jahr die Reaktion der WHO auf tatsächliche oder vermeintliche internationale Gesundheitskrisen wesentlich bestimmt hat: Die erhebliche Abhängigkeit der WHO von privaten Finanzgebern, darunter massgeblich von Pharmakonzernen, die dadurch einen immer grösseren Einfluss auf politische Entscheidungen der WHO gewonnen haben. Da sich vor allem die reichen Staaten des Westens seit Ende des Kalten Krieges immer mehr aus der Finanzierung der WHO zurückgezogen haben, wird der jährliche Haushalt der WHO heute nur noch zu rund 20 Prozent durch Pflichtbeiträge der 194 Mitgliedsstaaten finanziert. 80 Prozent kommen von Spenden und von Stiftungen. Die mit Abstand grössten Summen kommen von der von Microsoft-Gründer Bill Gates und seiner Frau Melinda betriebenen Gates-Stiftung. Deren Geld wiederum stammt aus Anlagevermögen. Die Gates-Stiftung hält Aktien von Coca-Cola, PepsiCo, Unilever, Kraft-Heinz sowie von Herstellern alkoholischer Getränke und von Pharmakonzernen. Je besser es diesen Konzernen geht, desto höher sind die Profite, desto mehr Geld hat die Gates-Stiftung.

Das Dilemma der WHO im Umgang mit dem Corona-Virus

Würde aber die WHO entsprechend ihrem ursprünglichen Auftrag einen Beitrag zur Weltgesundheit leisten wollen, müsste sie mit Entschiedenheit gegen das aggressive Marketing all dieser Hersteller von Junkfood voller Zucker, Fett und Salz vorgehen.

WHO-Projekte werden teilweise als öffentlich-private Partnerschaften finanziert. Eine der grössten ist die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (Global Alliance for Vaccines and Immunization GAVI), welche zu 75 Prozent (750 Mio. US-Dollar im Jahr) von der Gates-Stiftung finanziert wird.

Ehemaliger WHO-Impfdirektor nun bei Novartis

Nach dem Auftreten des H5N1-Virus (der sogenannte Vogelgrippe) im Mai 2005 wurde – aufgrund der Warnung des damaligen Impfdirektors der WHO, Klaus Stöhr, vor einer möglichen weltweiten Grippeepidemie («bis zu 7 Millionen Tote») – von Regierungen für Millionen die Grippemittel Tamiflu und Relenza angeschafft. Die Herstellerfirmen Roche (Schweiz) und GlaxoSmithKline (Grossbritannien) verzeichneten Rekordprofite. Zwar verbreitete sich das Virus weltweit, jedoch kam es nur selten zu Erkrankungen beim Menschen, sodass weltweit nur 152 Menschen an der «Vogelgrippe H5N1» verstarben, weit weniger als bei einer saisonalen Grippe. Über drei Viertel der angelegten Vorräte an Tamiflu und Relenza wurden nicht benötigt und nach Ablaufen ihres Haltbarkeitsdatums vernichtet. 2007 wechselte Klaus Stöhr von der WHO zum Schweizer Pharmakonzern Novartis.

Seine Nachfolgerin als Impfdirektorin bei der WHO wurde Marie-Paule Kieny. Sie war zuvor beim französischen Pharmaunternehmen Transgene S.A. beschäftigt, das strategische Partnerschaften zur Impfstoffherstellung mit dem Schweizer Pharmakonzern Roche unterhält.

Nach dem Auftreten des A/H1N1-Virus (der sogenannten Schweinegrippe) im April 2009 erhöhte die WHO – damals noch unter der chinesischen Generaldirektorin Margaret Chan – mit der Verbreitung der Krankheit die Epidemiewarnstufe schrittweise bis zur höchsten Stufe 6 (Pandemie). Die Regierungen der Mitgliedsländer bestellten daraufhin Impfstoffe (allein in Deutschland für ca. 450 Mio. Euro) und Grippemittel. Der Verdacht, dass die Entscheidung der WHO zur Pandemie-Warnung unter dem Einfluss der Pharmakonzerne erfolgte, wurde durch eine spätere Untersuchung des Europarates bestätigt.

Problematische Gegenreaktion bei Ebola-Ausbruch

Die massive Kritik am Vorgehen der WHO in diesen beiden Fällen trug dann 2014 bei zu einer wiederum höchst problematischen Zurückhaltung der Organisation mit Blick auf die <u>Ausbreitung des Ebola-Virus</u> in mehreren westafrikanischen Ländern. Erst rund sechs Monate nach den Meldungen und Warnungen von in diesen Ländern tätigen Nichtregierungsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen nahm die WHO die Ebola-Epidemie ernst.

Quelle; Infosperber-DOSSIER https://www.infosperber.ch/Artikel/Gesundheit/Corona-Virus-Das-Dilemma-der-WHO